„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 96, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsverkäufern Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie den illustrirten Witzblatt „ULK“, der soeben. Montags-Ausgabe „Reichsgrün“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Russland cpcl. Postaufschlag; bei hiesiger Zustellung zweimaliger Zustellung vierteljährlich 4 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 528. Berlin, Sonntag, den 17. Oktober 1897. XXVI. Jahrgang.

Für die Monate
November und Dezember
werden bei **allen Postanstalten** des Deutschen Reiches Abonnements auf das **„Berliner Tageblatt“** und **„Handels-Zeitung“** mit Effekten-Verloosungsliste nebst illustr. Witzblatt **„Ulk“**, dem belletrist. Sonntagsblatt der **„Deutschen Lesehalle“**, dem feuilletonist. Beiblatt **„Der Zeitgeist“**, der **„Technischen Rundschau“**, den „Mittheilungen über **Landwirthschaft, Gartenbau** und **Hauswirthschaft**“ zum Preise von **nur 3 Mk. 50 Pf.** entgegengenommen: in **Berlin** in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 zum Preise von **2 Mark** pro Monat bei täglich zweimaliger Zustellung.

Die hocherfreuten Reiseberichte des bekannten Forschungsreisenden
Eugen Wolf,
wie die ausgezeichneten Schilderungen des allgemein geschätzten Schriftstellers
Bernhard Schwarz: **Quer durch Sibirien**
werden auch in den nächsten Monaten fortgesetzt werden.

Im Roman-Feuilleton bringen wir außer einem sehr interessant und spannend geschriebenen Roman:
„Rache“ von **Wilhelm Wolters**
die Fortsetzung des seit Anfang Oktober erscheinenden Romans:
„Die blaue Herzogin“ von **Paul Bourget,**
dessen bis zum 1. November abgedruckter Theil allen **neu hinzutretenden Abonnenten in den ersten Tagen des November gratis gegen Einsendung der Abonnements-Quittung nachgeliefert wird.**

□ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Der große Kronrath in Potsdam, der nach den verlängerten Sommerferien den Monarchen zum ersten Mal wieder in engere Berührung mit seinen verfassungsmäßigen Berathern brachte, hat den Erwartungen nicht entsprochen, die von Gewohnheits- und Berufspolitikern daran geknüpft worden waren. Es ist inzwischen weder über die Marinevorlage noch über die Militärstrafprozeßreform neues Licht verbreitet worden. Wir tappen nach wie vor über beide große Fragen im Dunkeln. Wohl ist der Staatssekretär der Marine inzwischen nach Süddeutschland — zunächst nach Stuttgart — gereist, wohl hat man der Vermuthung Raum gegeben, daß Admiral Tirpitz die Aufgabe zugefallen sei, zugleich mit seiner „Meldung“ beim Könige von Württemberg bei diesem Stimmung für die Marinepläne zu machen, — was der Unterstellung Raum gab, daß sich in Stuttgart Widerstände gegen die geplanten Forderungen Geltung verschafft hätten, — aber ebenso berechtigt erschien die Annahme, daß Herr Tirpitz lediglich, wie seinerzeit Herr v. Marschall, es für unerläßlich befunden habe, sich den süddeutschen Bundesmonarchen, denen er persönlich unbekannt geblieben, geziemend vorzustellen.

Aber während in den öffentlichen Erörterungen die Frage der Marineforderungen ein wenig mehr in den Hintergrund trat, eben weil begründete Unterlagen für eine Beurtheilung zur Zeit noch fehlen, schien die Angelegenheit der Militärgerichtsreform allgemach in ein ziemlich akutes Stadium zu gerathen. Nicht nur, weil die Stellung des Reichskanzlers der Volksvertretung gegenüber von der Erledigung dieser so lange schwebenden Frage abhing, sondern auch, weil als neues Element in der Debatte die Stellung Baierns zu dem dem Bundesrathe zu unterbreitenden Entwurfe hervorgetreten war. Baierns Militärgerichtsverfahren ist bekanntlich um vieles moderner als das geltende preußische Gesetz. Baiern besitzt auch das Recht eines eigenen höchsten Gerichtshofes für Militärprozesse. Dieses Reservatrecht, das man in München keine Lust hat, aufzugeben, ist den Unitariern an sich ein Dorn im Auge. Allein den Unitariern schließen sich auch Jene an, die überhaupt eine Aenderung des bestehenden Zustandes nicht wünschen, die aber gern das Odium für das Nichtzustandekommen der Reform von Preußen ab- und den Baiern zuwälzen möchten.

Während nun die Einen, die reinen Unitarier, selbst davor nicht zurückschrecken, Baiern, falls es in seinem Widerstande verharren sollte, im Bundesrath einfach zu majorisiren, möchten die intimen Gegner der Reform die ganze Angelegenheit lieber verumpfen lassen, sie aufgeschoben sehen und Preußen für unschuldig an dieser Verzögerung erklären. Beide Standpunkte erscheinen uns gleich verwerflich. Das Wort des Reichskanzlers, meinen wir, muß eingelöst werden, koste es, was es wolle, denn das Vorhandensein eines baierischen höchsten Militärgerichtshofes ist schwerlich als ein so großes Uebel zu betrachten, daß dafür die Unzuträglichkeiten eines uneingelösten Versprechens seitens des Reichskanzlers mit in den Kauf genommen werden dürften.

Die Majorisirung Baierns aber wird jeder unbefangene und nicht gar zu kurzsichtige Politiker von vornherein verwerfen müssen. Ein auf die Entschließungen des zweitgrößten Bundesstaates in dieser Beziehung ausgeübter Zwang könnte dem Reiche in seinen Konsequenzen theuer zu stehen kommen, und jedenfalls würde er das Gegentheil von dem zur Folge haben, was Wilhelm I. schon im Anfang der sechziger Jahre als die Aufgabe Preußens bezeichnete: „moralische Eroberungen in Deutschland“ zu machen.

Es sieht ohnehin in dieser Beziehung windig genug bei uns aus. Eine viertägige Debatte in der baierischen Abgeordnetenkammer über die jüngsten Kaisermanöver hat recht erbauliche Dinge zu Tage gefördert. Nicht die particularistischen Clowns vom Schlage des Ehren-Sigl, nicht die ultramontan-bajuvarischen Centrums-Interpellanten waren das Bezeichnende, sondern die Art und Weise, in welcher die ganze Erörterung geführt wurde und geführt werden mußte. Gewiß, der baierische Kriegsminister, General v. Asch, ließ es an schneidiger, bundesgetreuer Vertheidigung nicht fehlen. Aber die ganze Atmosphäre des Landtages zeigte eine so intime Abneigung gegen den größten Bundesstaat und eine so eingeengte Auffassung des kaiserlichen Repräsentanten des Reichsgedankens, daß man sich einer gewissen Besorgniß kaum zu entschlagen vermag. Jedenfalls muß man sich in Berlin eingestehen, daß wir dem deutschen Süden gegenüber weiter als je von den „moralischen Eroberungen“ Wilhelms I. entfernt sind, eine Erscheinung, die für beide Seiten eine dringende Aufforderung enthält, um sich und in sich zu schauen.

Die fortwährend aufs Neue auftauchenden Gerüchte von dem Uebergange der latenten in eine akute Kanzlerkrisis sind angesichts der Thatsache, daß man den Fürsten Hohenlohe den Süddeutschen zuzählt, auch nicht geeignet, die Situation in freundlichem Sinne zu klären. Dazu kommt, daß man in der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten, mit Recht oder Unrecht, eine gewisse Stetigkeit zu vermissen glaubt. Wie im Vorjahre die öffentliche Meinung nur schwer für den Umschwung zu gewinnen war, den unsere auswärtige Politik vollzog, als sie sich China in Gemeinschaft mit Rußland und Frankreich zuwandte, während vorher unsere Sympathien auf der Seite des plötzlich bei Seite geschobenen Japan gestanden hatten, so will man es jetzt nicht verstehen, wenn immer und immer wieder Gerüchte auftauchen, die eine in Aussicht stehende Annäherung an England prophezeien. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat sich darein gefunden, der Politik Lord Salisburys ziemlich einhellig gegenüberzustehen. Auch im liberalen Lager hat man die traditionelle Vorliebe für das parlamentarisch regierte England mehr und mehr einzuschränken gewußt, als das provozirende Auftreten der britischen Presse das deutsche Selbstgefühl schonungslos zu verletzen begann. Jetzt aber wieder einen Salto mortale in entgegengesetzter Richtung mitzumachen, wie gewisse Andeutungen uns zumuthen zu wollen scheinen, wäre ein bischen viel verlangt. Jene kontinentale Politik, die die Isolirung des meerumfluthen Inselreiches bezweckte, war begriffen und acceptirt worden. Jetzt wieder Kehrt zu machen und mit Alt-England Liebesworte zu tauschen, dazu ist man bei uns zu Lande nicht impulsiv und elastisch genug. Die schwerfällige Natur des Deutschen, die schließlich auch die „deutsche Treue“ nicht als leeren Wahn erscheinen läßt, bleibt stets zu berücksichtigen, wenn im Uebrigen gewisse höfische Interessen noch so geflissentlich besonderen Einfluß heischen.

Auch der Zufall, daß augenblicklich zwischen England und der französischen Republik der Afrikapolitik beider Staaten wegen ziemlich gespannte Beziehungen herrschen, darf uns nicht veranlassen, aus Antagonismus gegen Frankreich unsere Stellung im kontinentalen Europa zu wechseln. Wir alle wissen freilich, daß die Republik seit sechsundzwanzig Jahren an dem Wahne festhält, sie habe mit uns noch einmal endgiltig abzurechnen. Allein die Ereignisse seit dieser Zeit lehren, daß es einer zielbewußten Staatskunst sehr wohl möglich ist, diese französische Hoffnung immer wieder zu durchkreuzen. Seitdem nun die russisch-französische Allianz eine anerkannte Thatsache ist, seitdem Zar Nikolaus II. gewissermaßen als Bürge für das friedfertige und ehrliche Verhalten der Republik öffentlich hervorgetreten, und seitdem die Führer des französischen Staatswagens, wie neulich noch Felix Faure in seiner Rede beim Banket der Pariser Kaufleute und Industriellen, die friedlichen Konsequenzen dieses Bündnisses aufs Unbestimmteste gezogen haben, wäre es wenig ehrlich und demzufolge wenig klug, wenn wir durch eine Art von Frontwechsel die Grundlagen erschüttern würden, durch die der Zarentoast an Bord des „Pothuau“ seine weitreichende friedliche Bedeutung empfangen hat.

Im Sinne dieser kontinentalen Verständigung, durch die Großbritannien mehr und mehr isolirt erscheint, kann es uns auch nur recht sein, wenn man in Paris allgemach die Krallen einzieht, mit deren Schärfe man Italien für seine Zugehörigkeit zum Dreibunde zu bestrafen wußte. Italien muß schließlich das Gefühl erhalten, daß sein Freundschaftsverhältniß zum deutschen Reich, indem es seine Grenzen schirmen hilft, seinen materiellen Interessen nicht wehe thut. Denn diese materiellen Interessen sind in unseren Tagen von ganz besonderer Wichtigkeit, nach außen sowohl wie im Inneren. Die jüngsten Tage erst haben es in blutigen Krawallen in der italienischen Hauptstadt bewiesen, daß die Verkennung der materiellen Interessen, wie dies durch das scharfe Anziehen der Einkommensteuerschraube durch das Kabinet Rudini der Fall gewesen, ganze Volksklassen zu verzweifelten Schritten zu treiben vermag, deren Bewältigung durch militärische Gewalt mit einem wirklichen Heilungsprozeß sehr wenig Aehnlichkeit besitzt.

Ein Minister über staatliche Lotterien.

Wir haben bereits am Freitag Abend unter den Telegrammen von der Rede Notiz genommen, mit der der baierische Finanzminister v. Riedel in der Abgeordnetenkammer die Einführung einer Klassenlotterie bekämpfte. Dr. Sigl hatte dieselbe befürwortet, um den Ausfall zu decken, den ein Antrag Ratzinger auf völlige Beseitigung der Bodenzinse zur Folge haben würde. Nach dem Bericht des Wolffschen Telegraphenbüreaus hatte der Minister geäußert, wenn man eine „Giftpflanze“ auch nicht ausrotten könne, so pflanze man sie doch zum Mindesten nicht neu ein. Diese kräftige Verurtheilung der staatlichen Lotterie muß auf die Rede des Ministers förmlich neugierig machen. Nach dem Bericht der „Münch. Neuest. Nachr.“ ließ sich der Minister v. Riedel über den Antrag Sigl wie folgt aus:

Der gleiche Antrag wurde bereits 1879 von dem Herrn Abgeordneten Schels gestellt und von mir ausführlich bekämpft. Ich stehe noch heute auf demselben Standpunkte. Im Wesen der Lotterie hat sich seitdem nichts geändert. Auch mein Gewissen hat sich in der langen Zeit, die ich auf dem Finanzposten ausharren mußte, noch nicht so verhärtet, daß ich Einnahmen für die Staatskasse empfehlen möchte, die ich mit Rücksicht auf das Wohl der Staatsangehörigen vermeiden möchte. Ich betone hierbei, daß ich es vermeiden möchte, irgend eine Kritik an den anderen bestehenden Staatslotterien zu üben. Ich habe im Jahre 1879 mit Ziffern belegt, daß die Gewinnkosten ganz außer Verhältniß stehen zu dem Ertrage, der der Staatskasse zufällt. Um die Lotterie einträglich zu machen, müßten wir nicht nur in der Presse die Lärmtrommel schlagen — ein Verfahren, das des Staates unwürdig und nebenbei gar nicht wohlfeil ist —, sondern wir müßten auch eine große Anzahl von Kollekten einrichten, also eine große Anzahl von Stellen schaffen, deren Inhaber sich mehr oder minder als Staatsfunktionäre betrachten und vom Staate für sich und ihre Relikten Fürsorge verlangen. Eine Steuer, die vielleicht 100 Prozent und mehr an Erhebungskosten verschlingt, taugt von vornherein nichts. Aber auch eine noch so geschickte und umfassende Organisation läßt nicht mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß sofort ergiebige Erträgnisse eintreten. Abgesehen davon, daß bei der Frage des Erträgnisses einer solchen Lotterie auch die Dichtigkeit und die Gewohnheit der Bevölkerung eine große Rolle spielen, haben die Erfahrungen in Preußen und Sachsen gelehrt, daß die Erträgnisse der Klassenlotterien anfänglich außerordentlich bescheiden waren. Das Volk muß eben erst zum Spielen und zur Leidenschaft erzogen werden, und ich meine, es ist besser, wenn wir unsere Erziehungskunst auf einem anderen Gebiete versuchen. (Sehr richtig!) Es kann sogar vorkommen, daß der Staat, wenn die Loose nicht alle abgesetzt werden, nicht nur kein Geld bekommt, sondern noch darauf legt. Allerdings ist seit 1879 ein Novum eingetreten, indem mir auswärtige Kapitalisten Angebote gemacht haben. Eines ging dahin, daß ein Konsortium dem baierischen Staate jährlich 2,500.000 Mark zahlen wolle, jedoch nur dann, wenn der alleinige Vertrieb sämmtlicher Loose dem Konsortium auf mindestens 40 Jahre überlassen bliebe. Ich lehnte dieses Anerbieten rundweg ab, weil ich das baierische Volk nicht auf vier Decennien hinaus einem Generalpächter überantworten wollte. Um zwei Millionen einzunehmen, würden 16 Millionen jährlich der nationalen Wirthschaft entzogen!

Man sagt, daß heute diese Baiern in auswärtigen Lotterien spielen, daß infolge dessen viel Geld aus Baiern hinausgehe und daß es da doch besser sei, daß wenn einmal gespielt wurde, das Geld im Lande bleibe. Ich wiederhole heute, wie im Jahre 1879, daß die Einführung einer Landeslotterie noch lange nicht dafür garantirt, daß nicht auch ferner in ausländischen Lotterien gespielt wird. Die Spieler sind außerordentlich abergläubisch. Haben sie einmal Vertrauen zu einer Kollekte, so gehen sie immer wieder hin. Die Summen, die bedauerlicherweise aus dem Lande dadurch gehen, lassen sich natürlich nicht kontroliren. Aber es ist doch etwas ganz anderes, wenn der Staat durch fortwährende Gelegenheitsmacherei seine Angehörigen zum Spiele reizt, oder wenn der Eine oder der Andere sich auswärts einmal ein Loos kauft.

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Klassenlotterien weit ungefährlicher seien als das gemeinschädliche Zahlenlotto. Diese Anschauung hätte viel für sich, wenn die einzelnen Loose der Klassenlotterie auf sehr hohe Beträge lauteten und nicht theilbar wären. Namentlich schöpfen die Looshändler und deren Zwischenhändler zum Nachtheile des Volkes und Staates vorher den Rahm ab, ganz abgesehen davon, daß der Absatz größer, mutheilbarer Loose mit Schwierigkeiten verknüpft ist.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde bereits 1847 der Antrag auf Beseitigung der Klassenlotterie gestellt und dieser Antrag seitdem öfters wiederholt. Bei dieser Gelegenheit haben sich die namhaftesten Autoritäten (Windthorst und Dr. Adolf Wagner) aufs Schärfste gegen den Fortbestand der Lotterie ausgesprochen, und im Reichstage wurde 1881 in einer Kommission einstimmig der Antrag beschlossen, den Reichstag zu ersuchen, auf Aufhebung der Klassenlotterie hinzuwirken. Mit ganz knapper Mehrheit wurde der Antrag damals abgelehnt! Das ist bezeichnend! Die Wirkungen des gemeinschädlichen Zahlenlottos sind oft äußerst schädliche. Es wird viel Unglück durch die Leidenschaft des Lottospiels in die Bevölkerung hineingetragen. Gerade Diejenigen, die finanziell schlecht stehen, haben im Lotto das alleinige Heilmittel betrachtet und haben den Ruin ihres Hauses dadurch beschleunigt.

Was ich gegen die Einführung einer Klassenlotterie vorgebracht habe, das trifft in der Hauptsache bei Kirchenbaulotterien ꝛc. nicht zu. Viele Leute spielen da nur des guten Zweckes wegen. Mir ist auch nicht bekannt, daß diese Wohlthätigkeitslotterien je irgend Jemand ruinirt haben. Wohl aber ist mir bekannt, daß dadurch viele gute und nützliche Unternehmungen zu Stande kamen. Bei dieser Frage hat die ideale Seite den Ausschlag zu geben. Ich möchte nicht, daß die Pfennige aus den

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 29, sowie für die Berliner Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 42.